

vermitteln, von denen der Genosse Gniffke behauptet hat, daß sie nicht nur für die Leiter in den Betrieben, sondern im erhöhten Maße auch für die von der Partei gestellten Angestellten in den Verwaltungen entscheidend sind, kann auf Grund des fachlichen Wissens unserer Parteigenossen auch eine stärkere politische Aktivität in den Verwaltungen entwickelt werden.

In dem Bericht des Parteivorstandes wird nicht nur auf die Wichtigkeit der Betriebsgruppenarbeit, sondern auch auf die unverkennbaren Erfolge dieser Arbeit vor allem in der Wirtschaft verwiesen. Leider kann man diese Feststellung in bezug auf die Betriebsgruppenarbeit in den Verwaltungen nicht treffen. Sie sind meistens in viel größerem Umfange als auf allen anderen Gebieten zahlenmäßig nicht nur schwach, sondern sie können in den seltensten Fällen auf die Mitarbeit geschulter Funktionäre zurückgreifen, wie das besonders in der Industrie zu verzeichnen ist. Der Erfolg der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeit innerhalb der Verwaltungen wird im entscheidenden Umfange dadurch bestimmt werden, wie es gelingen wird, in den Betriebsgruppen der Verwaltungen ein lebendiges politisches Leben zu entwickeln. Es ist eine jahrzehntelange Erfahrung in der Arbeiterbewegung und eine unumstrittene Tatsache, daß der in seinem fachlichen Wissen am besten qualifizierte Arbeiter auch der erfolgreichste Funktionär sein wird. Wir brauchen diese Erfahrungen aus der Tradition der Arbeiterbewegung nur in den Verwaltungen zur Anwendung zu bringen. Wir haben zahlenmäßig eine Bresche in die Verwaltungen schlagen können wie nie zuvor. Sorgen wir dafür, daß auch die notwendige politische Aktivität nicht ausbleibt!

Auf eines möchte ich zum Schluß noch aufmerksam machen. Das ist die unbedingt notwendige Abstimmung der Verwaltungen untereinander. Es kann nicht angehen, daß zwischen den Zentralverwaltungen und den Verwaltungen der Länderregierungen nicht vorher wegen grundsätzlicher politischer Entscheidungen eine Verständigung erfolgt; denn der Mangel einer solchen Verständigung führt dahin, daß Entscheidungen getroffen werden, die die eben geschaffenen Selbstverwaltungsrechte unserer Kreise und Städte in Frage stellen. Nach 1918 bis 1933 haben wir die Tatsache zu verzeichnen gehabt, daß die Verwaltungen fast völlig ungestört ein reaktionäres Dasein weiterführen konnten. Wenn wir jetzt mit allen Kräften an die politische Reorganisation der Verwaltungen gehen, wenn die Partei sie als eine ebenso wichtige Aufgabe erkennt wie die Frauen-, Jugend- und Be-